



Mitteilungsvorlage	Vorlage-Nr: VO/2018/574	
Federführend: FD 2.3 Zuwanderung	Status: öffentlich	
	Datum: 01.08.2018	
	Ansprechpartner/in: Petersen, Jörn	
	Bearbeiter/in: Petersen, Jörn	
Mitwirkend:	öffentliche Mitteilungsvorlage	
Anfrage der Fraktion: Die Linke - Anfrage zum Thema "Vorbereitung auf den Brexit für "Brexit"-betroffene Briten/innen im Kreis Rendsburg-Eckernförde		
Beratungsfolge:		
Status	Gremium	Zuständigkeit
Öffentlich	Hauptausschuss	Kenntnisnahme

1. Begründung der Nichtöffentlichkeit:
-entfällt

2. Sachverhalt:

Die Fraktion „Die Linke“ stellte eine schriftliche Anfrage an die Kreisverwaltung zu den Vorbereitungen auf den Brexit. Gem. § 27 der Geschäftsordnung ist die Anfrage im Fachausschuss zu bearbeiten. Die Anfrage kann der Anlage entnommen werden.

Da es sich um europäische bzw. bundesrechtliche Vorschriften handelt, fallen nicht alle Fragen in die Zuständigkeit des Kreises. Die Antworten erfolgen daher nur im Rahmen der eigenen Zuständigkeit.

1. Die Linkspartei hat die Frage gestellt, ob Sonderregelungen zum Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit für im Kreis lebende Briten/innen angedacht sind.

Hierauf kann seitens des Fachdienstes Zuwanderung wie folgt geantwortet werden:

Da es sich um bundesrechtliche Vorschriften handelt (Staatsangehörigkeitsgesetz) bestehen keine Möglichkeiten für den Kreis Rendsburg-Eckernförde eigene Sonderregelungen zu treffen. Es sind folglich keine Sonderregelungen zum erleichterten Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit angedacht.

2. Die Linkspartei stellte die Frage, wie sich der Kreis auf einen „harten Brexit“ vorbereitet hat.

Hierauf kann seitens des Fachdienstes Zuwanderung wie folgt geantwortet werden:

Aus heutiger Sicht kann noch nicht beurteilt werden, wie die Brexit-Verhandlungen ausgehen werden und welche gesetzlichen Regelungen hierzu dann erlassen werden. Eine entsprechende Vorbereitung ist daher nicht möglich.

3. Die Linkspartei bat um statistische Daten.

Hierauf kann seitens des Fachdienstes Zuwanderung wie folgt geantwortet werden:

- Insgesamt leben 180 Personen aus dem Vereinigten Königreich im Kreis.
- Vor dem Jahre 2000 reisten davon 123 Personen nach Deutschland ein.
- 4 Personen sind davon vor dem Jahre 2000 in Deutschland geboren

4. Die Linkspartei fragte nach der Zahl der Einbürgerungsanträge von hier lebenden Briten/innen.

Hierauf kann seitens des Fachdienstes Zuwanderung wie folgt geantwortet werden:

Seit dem 23.07.2016 stellten 32 Personen aus dem Vereinigten Königreich einen Antrag auf Einbürgerung. Hiervon wurden inzwischen 29 Personen eingebürgert, bei den verbleibenden drei Personen müssen noch verschiedene Voraussetzungen erfüllt bzw. Unterlagen beigebracht werden. Ablehnungen gab es keine.

Finanzielle Auswirkungen:

keine

Anlage/n:

Anfrage der Kreistagsfraktion „Die Linke“ v. 15.07.2018

Der Kreistagsfraktionsvorstand

Doris Mittelbach
Maximilian Reimers

Sonstige Fraktionsmitglieder

Anissa Heinrichs
Elisa Grube
Kathryn Letham
Arbaz Malik
Hendrik Nisius
Maximilian Herrmannsen

Kontakt

kreistag@linke-rdeck.de
www.linke-rdeck.de/im-kreistag

An Herrn Dr. Schwemer

Rendsburg, den 15.07.2018

Anfrage zum Thema „Vorbereitung auf den Brexit für „Brexit“-betroffene Brit*innen im Kreis Rendsburg -Eckernförde

Sehr geehrter Herr Dr. Schwemer,

am 23. Juni 2016 fand das Brexit-EU-Referendum in Großbritannien statt, welches mit dem Votum „Brexit“ ausging. Etwa 10 Monate später, am 29.04.2017, wurden vom Europäischen Rat Leitlinien, für die Austrittsverhandlungen Großbritanniens aus der EU verabschiedet.

Unter anderem wurden nationale Behörden aufgefordert notwendige Maßnahmen zu ergreifen, um sich auf die Folgen des „Brexit“ vorzubereiten. In der Bundesrepublik Deutschland leben ca. 106.000 Brit*innen die von dem sogenannten „Brexit“ in ihren Lebenssituationen sowohl persönlich als auch rechtlich und familiär betroffen sind.

Einige Brit*innen lebten zum Zeitpunkt des Referendums bereits 15 Jahre und länger nicht mehr in Großbritannien und hatten somit auch kein Recht beim Referendum mit abzustimmen. Eine Lebensplanung ist den in der EU lebenden Brit*innen, auch zwei Jahre nach dem Brexit-Referendum, auf Grund der vielen unbeantworteten Fragen nicht möglich. Ihr Aufenthaltsstaus und die nach dem „Brexit“ verbleibenden Rechte sind bis heute ungeklärt.

Hier setzen unsere Fragen an:

1. Wie viele britische Staatsbürger*innen leben insgesamt im Kreis Rendsburg-Eckernförde, wie viele davon, waren vor dem Jahre 2000 nach Deutschland gekommen und wie viele in Deutschland geborene Briten sind darunter?
2. Wie viele Einbürgerungsanträge britischer Staatsbürger*innen wurden im Kreis Rendsburg-Eckernförde seit dem Tag des Brexit-Referendums (23.07.2016) gestellt?
3. Wie viele Einbürgerungen britischer Staatsbürger*innen haben im Kreis Rendsburg-Eckernförde seit dem Brexit-Referendum (23.07.2016) erfolgreich stattgefunden und wie viele Einbürgerungsanträge wurden abgelehnt und aus welchen Gründen?
4. Wie hat der Kreis Rendsburg-Eckernförde sich, im Bezug zu dem Aufenthaltsstatus und dem Wegfall von EU-Bürgern zugesicherten Rechten der im Kreis Rendsburg-Eckernförde lebenden britischen Staatsbürger, auf den Vollzug eines möglichen harten „Brexit“, vorbereitet?
5. Sind im Kreis Rendsburg-Eckernförde Sonderregelungen zum erleichterten Erwerb der deutschen Staatsbürgerschaft angedacht, wenn es zu einem harten „Brexit“ kommt?

Mit freundlichen Grüßen

Fraktion DIE LINKE. im Kreistag Rendsburg-Eckernförde